

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 26

Artikel: Reformbewegungen und Reformkontrolle
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093055>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Reformbewegungen und Reformkontrolle

Dieser Text basiert auf einem Vortrag, den der Verfasser Ende dieses Jahres in der Universität von Bratislava gehalten hat.

Die Rede ist hier von Reformbewegungen in Mittel-, Südost- und Osteuropa, konkret in neun Ländern, wovon deren acht im Gefolge des Zweiten Weltkrieges mehr oder weniger intensiv, für längere oder kürzere Zeit, unter die Herrschaft des sowjetischen Totalitarismus gefallen sind. Die DDR hat sich mit der BRD vereint, bleibt aber nach wie vor Objekt für Studien über Reformvorgänge.

Im Grunde gibt es neun Reformbewegungen, jede eine Resultante mehrerer, teils übereinstimmender, teils national unterschiedlicher Faktoren. Was wir heute als Reformbewegung bezeichnen, hat in den acht Ländern als offener oder verdeckter Kampf um etwas mehr Freiheit, etwas mehr Eigenständigkeit, kurz: etwas mehr Distanz zu Moskau, seinen Anfang sehr früh, in den meisten Fällen schon mit der Machtübernahme durch die sowjetischen Satrapen genommen: Im Frühsommer 1947 mussten der ungarische Ministerpräsident Ferenc Nagy, im Spätsommer des gleichen Jahres der polnische Ministerpräsident Stanislas Mikolajczyk ihr Land fluchtartig verlassen, weil sie sich der kommunistischen Machtübernahme widersetzt hatten. Im Februar 1948 organisierte die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPČ) einen Staatsstreich, weil sie sich vor dem Ergebnis der anstehenden Parlamentswahlen fürchtete. Opposition regte sich auch, wiewohl weniger sichtbar, in Rumänien, Bulgarien und Albanien.

Ebenfalls 1948 schlug der jugoslawische Präsident Tito einen Kurs ein, der ihm eine gewisse Unabhängigkeit von Moskau, aber auch den Ausschluss aus dem Kominform und die Ächtung durch die Regierungen der sowjetischen Satelliten eintrug. Der Vorfall wurde in mehreren «Volksdemokratien» benutzt, um mit Säuberungsprozessen gegen angebliche Titoanhänger die keimende Opposition gegen den kommunistischen Totalitarismus zu schwächen.

Es ist nicht unwichtig, die bedeutendsten weiteren Etappen kurz aufzuführen: Im Juni 1953 versuchten die Arbeiter und Jugendli-

chen in der DDR den Aufstand gegen das Regime. Das Land befand sich in einer besonderen Lage wegen der Zweiteilung. Die Bundesrepublik hatte verfassungsmässig jedem Deutschen die sofortige Verleihung der Staatsbürgerschaft zugesagt. Insgesamt 4 Mio Menschen aus der DDR haben seit der Gründung des Landes im Oktober 1949 mit den Füßen abgestimmt und Zuflucht in der BRD gefunden. Um diesem Aderlass Einhalt zu gebieten, wurde am 13. 8. 1961 die Berliner Mauer gebaut, der wohl sichtbarste Beweis für das totale Versagen der totalitären Regime, die bloss Gefängnisse errichteten. Der Aderlass und – nach dem Mauerbau – der Verkauf politischer Häftlinge an die Bundesrepublik erlaubten es der DDR-Regierung, die Opposition bequem in Schach zu halten.

Im Juni 1956 streikten die polnischen Arbeiter in Posen und entzündeten damit die Fackel des ungarischen Volksaufstandes, der am 23. Oktober einsetzte und am 4. November auf so tragische Weise niedergewalzt wurde. Das totalitäre Element der kommunistischen Staatsordnung und das globale Ziel der sowjetischen Führung waren für die Weltöffentlichkeit erstmals unübersehbar geworden. Der Freiheitskampf zeitigte Auswirkungen bis nach Indien und China.

Ziemlich genau im Jahre 1963 setzte eine innenpolitische Reformbewegung in der ČSSR und eine aussenpolitische Distanznahme in Rumänien ein. Die erste blühte im Prager Frühling 1968 auf, wurde aber mit der sowjetischen Invasion am 21. August abgewürgt. Der zweiten liess Moskau weitgehend freien Lauf, weil der rumänische Totalitarismus im Gegensatz zum Prager Frühling auf die Völker in den damaligen Satellitenstaaten nicht die geringste Anziehungskraft auszuüben vermochte.

In Polen waren Reform- und Distanzierungsversuche erneut Anfang und Mitte der 70er Jahre unternommen worden; aber erst den Danziger Streiks vom Sommer 1980 sollte ein Durchbruch beschieden sein. Zum einen musste das Regime am 31. Juli 1980 der Solidarnosc die Unabhängigkeit zugestehen, zum andern vermochten die beiden Gewerkschaftsflügel der Arbeiter und der Bauern durch ihre Mitglieder und deren Angehörige innerhalb kurzer Zeit die abso-

lute Mehrheit des polnischen Volkes zu vertreten. Die Ausrufung des Kriegszustandes am 13. 12. 1981 verhinderte den Machtzerfall des kommunistischen Regimes schon zum damaligen Zeitpunkt.

Diese kurze Aufzählung der wichtigsten Etappen erlaubt zwei Erkenntnisse. Zum einen stellen wir eine zunehmende Sicherheit oder Gelassenheit Moskaus fest. Innerhalb von 24 Stunden wurden sowjetische Truppen 1953 gegen den Volksaufstand in der DDR eingesetzt; hätten sie länger gewartet, so wäre der Sturz des Regimes vermutlich

Zu Sozialismusreformen in Osteuropa gab es immer den Zusammenhang sowjetischer Führungskrisen.

nicht mehr zu verhindern gewesen. Im Falle des ungarischen Volksaufstandes 1956 konnte die Sowjetmacht schon ein Dutzend Tage zuwarten, im Prager Frühling 1968 waren es bereits 7 Monate, und im Falle Polens Ende 1981 musste nicht einmal mehr die Rote Armee eingesetzt werden: Die polnische Armee hatte die Aufgabe übernommen.

Zum andern erweist es sich, dass ernsthafte Reform- und Distanzierungsversuche in den ehemaligen Satellitenstaaten regelmässig in einer Zeit akuter sowjetischer Führungskrisen aufgenommen worden sind. Der Tod Stalins am 6. 3. 1953 führte zum Aufstand in der DDR am 17. 6. 1953. Die harte Kritik Chruschtschows an Stalin am 20. Parteikongress Ende Februar 1956 führte zum Streik in Posen und anschliessend zum ungarischen Aufstand. Die Trennung Chinas von der Sowjetunion, über die sichere Nachrichten vor allem im April 1963 erschienen, begünstigte die tschechoslowakische und die rumänische Reformbewegungen, während dann umgekehrt der Einmarsch von Warschau-Pakt-Truppen im August 1968 in die ČSSR durch die neulinke Bewegung im Westen, namentlich durch die Mai-Ereignisse in Paris und den beginnenden Terrorismus gegen die Demokratien erleichtert wurde. Schliesslich steht der Solidarnosc-Durchbruch vom Sommer 1980 zweifellos im

Zusammenhang mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, dem der erhoffte rasche Erfolg versagt blieb.

Aus dieser kurzen Erörterung können weitere Schlüsse gezogen werden:

1. Die sowjetische Vormachtstellung in Zentraleuropa konnte von Kriegsende bis Ende der 70er Jahre, als der Zenit ihrer Machtstellung erreicht war, langsam und sicher ausgebaut werden.

2. Vorübergehende Führungskrisen wurden von einem oder mehreren Ländern als Gelegenheit zu Distanznahmen gegenüber Moskau erfasst; diese blieben aber trotz zeitlich-politischer und traditionell-nationaler Unterschiede letztlich erfolglos. Einerseits weisen

Ein qualitativer Unterschied im Reformansatz: der Druck von unten oder der Zwang von oben.

sie generell den Willen aller Völker Mittel- und Südosteuropas nach, zu besseren ideellen und materiellen Lebensbedingungen zu gelangen. Andererseits sind sie eben deshalb im Rahmen unserer Erörterungen von sekundärem Interesse.

3. Weil die Distanz- und Reformversuche während vier Jahrzehnten an der Haltung Moskaus gescheitert sind und in den letzten Jahren dank der neuen Politik der sowjetischen Reformkreise den Durchbruch erzielen konnten, sind wir ganz besonders an einer Analyse der und Prognose für jene Bewegung interessiert, als deren Steuermann sich Michail S. Gorbatschow etabliert hat. Deren Bedingungen, vielleicht auch noch die Bulgariens, sind tatsächlich grundlegend andere als jene der mittel- und südeuropäischen Staaten, die der historischen Entwicklung Westeuropas sehr nahestanden und sowohl von der Renaissance wie von der Aufklärung ergriffen worden waren. Solche Strömungen hinterliessen in Russland ihre Spuren nur im dortigen Adel. Daher der grosse Unterschied heute: In Mittel- und Südosteuropa wurde die Reformbewegung auf Druck von unten eingeleitet, in der Sowjetunion aber auf Zwang von oben. Der Unterschied verläuft entlang dem Graben zwischen dem eigentlichen Osten des Kontinentes und dem übrigen Europa.

Dieser Graben wurde ja nicht erst 1917 von den Bolschewiki aufgerissen. Vielmehr könnte eine sehr interessante geistesgeschichtliche Diskussion sich um eine Frage ranken, die sich durchaus stellen lässt:

Karl Marx hat in Westeuropa eine Ideologie konzipiert, die zwar globalen Charakter und eschatologische Bedeutung beanspruchte, aber im Grunde auf die industrialisierten Länder zugeschnitten war. Lenin hat diese Ideologie um die russischen Erfahrungen

seit den Dekabristen und bis hin zu den revolutionären Praktikern und Theoretikern wie Njetschajew und Tkatschow ergänzt. Man darf sich daher durchaus die Frage stellen, ob nicht im Namen des Marxismus-Leninismus ein unbewusster, vor allem untauglicher und schliesslich grauenhaft unmenschlicher Versuch unternommen worden ist, den Graben von Ost nach West zu überbrücken, nach dessen Scheitern wir jetzt den Brückenschlag von West nach Ost unternehmen müssen.

Vielleicht ist diese Diskussion heute nicht mehr angemessen. Aber wir haben daran zu erinnern, dass während zweieinhalb Jahrhunderten die alte Rus, die sich unter der Fremdherrschaft der Waräger erst zu bilden und zu konsolidieren begonnen hatte, tatarischer Oberhoheit unterstellt war und damit Einflüssen unterlag, die dem übrigen Europa erspart oder vorenthalten blieben, im Osten aber heute noch nachwirken.

Dafür nur ein Beispiel: In der altrussischen Dorfgemeinschaft herrschte das schein-demokratische und im Grunde totalitäre Prinzip der Einstimmigkeit vor. Es war asiatischen Ursprungs, ging aber in das ideelle Erbe ein, auf das sich die späteren Slawophilen berufen sollten. Zur gleichen Zeit setzte sich im übrigen Europa das eher demokratische Prinzip der Mehrheit langsam durch, auf das sich in Russland bloss die Westler, und das war die kleine Gruppe der Intellektuellen, die Intelligenzia, bezogen.

Das Beispiel ist hier aufgeführt, damit wir uns eindringlich vor Augen halten: Den 70 Jahren totalitärer Diktatur in Russland sind 700 Jahre autokratischer Herrschaft vorangegangen. Die Völker Osteuropas gelangten aus dem feudalen Regen in die neofeudale Traufe. Sie konnten weder ein demokratisches noch ein marktwirtschaftliches Normverhalten entwickeln. Die grosse Masse war rechtlich bis 1861 und faktisch bis 1905 leibeigen. So wurde das passive Verhalten zu

Man kann im Marxismus-Leninismus unter anderm auch einen abwegigen Versuch sehen, den Graben von Ost nach West zu überbrücken.

einer Bedingung des Überlebens, eine Verhaltensweise, die man als Leidensbereitschaft bewundern oder als Apathie geisseln kann.

Weil dem so ist, weil überdies der Sowjetunion wegen ihrer geographischen Ausdehnung, ihrer erheblichen Bevölkerungszahl und nicht zuletzt ihres Reichtums an Natur-schätzen in jedem Falle eine grosse Bedeutung zukommt, interessiert uns der mögliche Erfolg oder Misserfolg der mit Perestrojka, Glasnost, Neuem Denken und Demokrati-

Die vermeintlich russische Tradition der «demokratischen» Einstimmigkeit war tatarischen Ursprungs, hat aber slawische Ausprägungen bis heute.

sierung vierfach definierten Reformbewegung ganz besonders. Zumal Mittel- und Südosteuropa vom Scheitern des sowjetischen Reformkurses zweifellos wirtschaftlich und möglicherweise sogar politisch empfindlich getroffen würden, wie übrigens der Erfolg der Reformbewegungen in den ehemaligen Satellitenstaaten in ursächlichem Zusammenhang steht mit der Ausserkraftsetzung der Breschnew-Doktrin durch Gorbatschow an der Warschau-Pakt-Tagung vom Juli 1988 in Bukarest.

Dem Kernvolk der Sowjetunion fehlt also die Anknüpfung an demokratische und marktwirtschaftliche Ansätze von nennenswertem Gewicht oder Dauer. Zwar gab es das auch, nach der kleinen Revolution von 1905, als die Russen erstmals und bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges dreimal Wahlen durchführen und die Duma bestellen konnten, als aus der vierten Wahl schon unter der Herrschaft Lenins im November 1917 eine Konstituante hervorging, in welcher die Bolschewiki nur einen Viertel der Abgeordneten stellten. Das war eine Periode auch des raschen wirtschaftlichen Aufschwunges nach den stolypinschen Reformen, die allerdings vom ersten Weltkrieg beendet worden ist. Aber das war eine zu kurze Zeit, als dass jene Erfahrungen ins kollektive Unterbewusstsein des Volkes hätten eindringen oder unter den Schlägen des Totalitarismus hätten weitervermittelt werden können.

Immerhin hatte Lenin schon 1921 mit der Neuen Ökonomischen Politik versucht, die orthodox-marxistische Wirtschaftspolitik zu mildern und zu reformieren. Aber nach seinem Tod Anfangs 1924 gingen diese Ansätze im Machtkampf von Nachfolgekandidaten unter, die beide – Stalin und Trotzki – der totalitären Ideologie verpflichtet waren.

Das grundsätzliche Versagen der Planwirtschaft konnte indes lange Zeit vertuscht oder verklärt werden: Man lebte zuerst aus der feudalen Substanz des russischen Adels, rechtfertigte die prekäre Lage mit den Opfern für den Aufbau des Sozialismus gemäss Lenins Spruch: «Wo gehobelt wird, fliegen Späne», entschuldigte sich dann mit den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges, beutete danach die Satelliten aus und lebte schliesslich noch einige Zeit dank der westlichen Kredite, welche nach 1969 im Rahmen der neuen Ostpolitik reichlich zu fliessen begannen. Aber die Stunde der Wahrheit konnte nicht ausbleiben: Entweder gelang die Ausbeutung Westeuropas, oder das Ende des kommunistischen Totalitarismus kam ins Blickfeld.

Im Jahre 1979 befand sich die Sowjetunion – wie bereits unterstrichen – auf dem Zenit ihrer Macht. Dennoch vermochte sie sich in Westeuropa nicht durchzusetzen. Gromyko hatte im Herbst die Bundesrepublik in Bonn gewarnt, der zur Diskussion stehenden Modernisierung der Nato zuzustimmen, ja sie sogar bedroht. Bundeskanzler Helmut Schmidt gab nicht nach, und der Nachrüstungsbeschluss wurde am 12. 12. 1979 einstimmig gefasst; die Sowjetunion war an harte Grenzen gestossen.

Breschnew war nicht mehr im Vollbesitz seiner physischen und psychischen Kräfte, und die notwendige Neuorientierung blieb aus, auch unter seinem Nachfolger Andropow,

Ihre grösste Ausdehnung hatte die Sowjetmacht in den siebziger Jahren – auf Kosten der Substanz.

der unerwartet rasch verstarb. An seiner Stelle wurde mit Tschernenko eine Übergangslösung getroffen, bis man sich im Politbüro auf einen neuen und jüngeren Mann überhaupt erst einigen konnte. Im März 1985 wurde mit Gorbatschow ein Mann als Generalsekretär gewählt, der den Zweiten Weltkrieg nicht als aktiver Mensch erlebt hatte und der durch seine Intelligenz und Dynamik aufgefallen war. Auch hatte er Reformsignale gesetzt, aber sie betrafen die Kosmetik eher als das Wesen der Planwirtschaft: Der angesagte Kampf gegen Alkoholum, Korruption und mangelnde Arbeitsdisziplin machte sich auf alle Fälle gut und erschreckte niemanden.

Erst die tragische Katastrophe von Tschernobyl erzwang und ermöglichte zugleich eine tiefgreifende Wende. Mit diesem Hinweis sind wir bei der Frage nach den Voraussetzungen und Möglichkeiten eines Reformkurses in der Sowjetunion angelangt, in einem Lande also, dessen Völker während knapp sieben Jahrzehnten einer absolutistischen Ideologie unterworfen waren, einer Ideologie, die längst überholte Glaubensinhalte nicht zu erneuern vermochte, aber wirksame Formen des Totalitarismus entwickelt hatte.

Unter solchen Bedingungen kann nur eine tiefgreifende, umfassende, offensichtliche und das Volk hautnah betreffende Krise eine echte Wende ermöglichen: eine Krise des Glaubens an die Ideologie, an deren Ziele und Institutionen, ferner auch an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und an die soziale Hilfsbereitschaft.

Ende der 70er Jahre hatte die Sowjetunion den höchsten Punkt ihrer Machtstellung erreicht. Aber zugleich wurden Symptome einer Überdehnung des Imperiums und auch solche des inneren Zerfalls sichtbar. Die Sicherung des besonders unter Breschnew enorm erweiterten Einflussbereiches verschlang Riesensummen. Das betraf vor allem Kuba, Vietnam und Äthiopien, kurz darauf Afghanistan und Angola. Die Missernten häuften sich und offenbarten das systembedingte Versagen der Planwirtschaft am eindrucklichsten. Die Lücke im Lebensstandard zwischen Ost- und Westeuropa erweiterte sich zusehends.

Zudem erleichterte die moderne Kommunikation dem Volk die früher erfolgreich vorenthaltenen Vergleiche mit den Verhältnissen in der freien Welt. Das kommunistische Etikett vergilbte; die Bruderparteien litten weltweit unter Mitgliederschwind, der Widerstand begann sich vielenorts zu regen.

In der Zeit einer tiefen Führungskrise – in drei Jahren waren vier Generalsekretäre im Amt – wurden wichtige Entscheidungen hinausgeschoben. Auf diesem Hintergrund wurde die Wahl des einer andern Generation angehörenden Gorbatschow ins höchste Parteiamt möglich. Aber das erlaubte dem neuen Generalsekretär noch wenig mehr als kosmetische Reformziele zu propagieren, wie das ansatzweise auch schon Malenkov, Chruschtschow und Kossygin getan hatten. 1985 wurde weder an der Ideologie noch an der Planwirtschaft gerüttelt, wohl aber die Überalterung der Institutionen und die mangelnde Innovationsbereitschaft der Nomenklatura kritisiert.

Tschernobyl brachte die endgültige Wende. Die Katastrophe, wie gesagt, erzwang und ermöglichte sie. *Erzwang* sie, weil das Damoklesschwert unzulänglicher Sicherheitsvorkehrungen in allen sowjetischen Nuklearkraftwerken nicht mehr zu übersehen war. Die Behebung der schweren Mängel überstieg jedoch die Leistungskraft der Planwirtschaft, die erst noch der aggressiven Aussenpolitik zu dienen hatte. Zugleich *ermöglichte* Tschernobyl die Wende, weil dem Volk schlagartig klar wurde, dass nicht weitergehen konnte, was allzu lange gedauert hatte, dass grosse Opfer zu erbringen waren, um nur schon den ökologischen Untergang zu vermeiden.

Tschernobyl erzwang die politische Wende – und ermöglichte sie auch.

Der Hinweis auf die entscheidende Bedeutung Tschernobyls schmälert die überragenden Verdienste von Michail Gorbatschow in keiner Weise. Denn er erkannte die Gelegenheit und nutzte sie. Er verstand, dass tiefgreifende wirtschaftliche Reformen so lange keine Wirksamkeit entfalten konnten, als ihnen nicht ebenso tiefgreifende politische Reformen vorausgingen. Er war unter all den Generalsekretären der KPdSU der einzige, der diese Erkenntnis hatte, und unter all denen, die von der gleichen Überzeugung getragen waren, der einzige, der sie in die Tat umsetzen konnte.

In vier Jahren hat Gorbatschow mit politischen Reformen die Bedingungen der sowjetischen Gesellschaft erfolgreich umgekrempelt. Bloss mit Stichworten seien einige der bedeutendsten Leistungen aufgeführt: Die Zensur ist aufgehoben, desgleichen das Monopol der kommunistischen Partei auf Wahrheit; das Mehrparteiensystem ist eingeführt; die Trennung zwischen Staatspartei und Staat ist eingeleitet, so auch die Unabhängigkeit der Justiz; die Freiheit wissenschaftlicher, auch gesellschaftswissenschaftlicher Forschung sowie künstlerischer Arbeit ist gewährleistet; das Verhältnis zu den Kirchen wurde konstruktiv geregelt und der Religionsunterricht soeben zugelassen; an der Durchsetzung der Menschenrechte wird ernsthaft gearbeitet.

Einzig die tragische Unterschätzung der Nationalitätenfrage kann und muss den Reformträgern um Gorbatschow angelastet werden, und hierin waren sie das Opfer der sowjetischen Propaganda von Stalin bis Breschnew.

Nun steht die Sowjetunion trotz all dieser an Wunder grenzenden politischen Fortschritte in einer tiefen, namentlich wirtschaftlichen Krise, deren Analyse die Voraussetzung einer Prognose ist.

Zuvor schon sind die Begriffe politisches und marktwirtschaftliches Normverhalten erwähnt worden. Unter dem einen ist die Bereitschaft der erwachsenen Bevölkerung zu verstehen, die staatliche Ordnung mitzugestalten und an der politischen Entscheidung teilzuhaben, also Verantwortung zu übernehmen. Unter dem zweiten ist die Befolgung des ökonomischen Prinzips der freien Lohn- und Preisgestaltung zu verstehen mit dem Ergebnis, dass die bessere Qualität von Produkt oder Arbeit den höheren Preis oder Lohn erzielt und umgekehrt, dass für den höheren Preis oder Lohn auch eine bessere Qualität erwartet wird.

Dieses Normverhalten in seinen beiden Formen fliesst aus dem Willen des Individuums, setzt jedoch entsprechende Rahmenbedingungen voraus, die einerseits durch die staatliche Gesetzgebung und andererseits durch die gesellschaftlichen Reaktionen gefördert, erzwungen oder behindert werden. Im Rahmen eines Aufsatzes kann nicht in der nötigen Differenzierung dargestellt werden, was

eine Buchlänge voraussetzt. Daher wird die Argumentation auf die Darlegung der Beziehung zwischen staatlicher Gesetzgebung und individuellem Normverhalten verkürzt.

Es ist erstens leicht einsichtig, dass einer fortschrittlichen Gesetzgebung wenig Hindernisse im Wege stehen, wenn Parlament und Regierung dem Reformkurs verpflichtet sind. Der Erlass eines Wahlgesetzes, welches das Stimm- und Wahlrecht definiert, setzt keine langen Vorbereitungen voraus, auch nicht die Einführung etwa des Privateigentums. Es ist zweitens klar, dass die Mehrheit des Volkes die verbesserten Rahmenbedingungen sofort nutzen wird, wenn die entsprechenden Normverhalten im kollektiven Unterbewusstsein noch eingepägt sind. Das ist eine mindestens ansatzweise Gegebenheit in den ehemaligen Satellitenstaaten. Hier wird aus diesem Grunde eine Angleichung an westeuropäische Verhältnisse innerhalb einer Generation durchaus möglich sein.

Was aber, wenn das erwähnte Normverhalten sich historisch gar nicht zu entwickeln vermochte? Kann man diesfalls Demokratie

Politische Freiheiten können schlagartig wirken, wirtschaftliche Freiheiten nicht.

und Marktwirtschaft auf dem Dekretweg überhaupt einführen? Gemäss aller Erfahrungen dieses Jahrhunderts können wir die Frage nicht bejahen; angesichts der Lage der Sowjetunion und ihrer globalen Bedeutung sollten wir sie auch nicht verneinen müssen.

Tatsächlich liegt die Antwort in der Mitte, und wir gewinnen sie aus einer Beurteilung der Politik Gorbatschows.

Wir haben bereits auf die eindrücklichen Reformerfolge Gorbatschows auf der politischen Ebene hingewiesen. Zweifellos sind auf dieser Ebene Anfängerfolge sehr viel leichter und rascher zu erzielen als auf der wirtschaftlichen Ebene. Nach dem Erlass eines Wahlgesetzes gehen grosse Teile des Volkes gerne an die Urne, um die Volksvertreter zu wählen. Der Raum der Freiheit wird schnell ausgeweitet, und die Bevölkerung spürt die Vorteile sofort. Das eigentliche politische Normverhalten als Voraussetzung der Demokratie, nämlich die Bereitschaft mitzugestalten, Mitverantwortung zu tragen und sich auch an der zweiten, zwanzigsten und zweihundertsten Abstimmung zu beteiligen, wird erst später getestet und hat Zeit, sich langsam herauszubilden. Eine staatliche Gesetzgebung, die solches Normverhalten erzwingt, ist anfänglich sicher nicht und später nur auf Teilgebieten notwendig.

Wir kennen diese Problematik in der Schweiz. So kann ein Bürger gezwungen

werden, eine Vormundschaft zu übernehmen oder Militärdienst zu leisten; wiederholt wurde auch schon die Einführung des Stimmzwanges diskutiert, zumal bei uns eine wachsende Abstimmungsmüdigkeit festgestellt werden muss. Vor hundert Jahren mussten derartige Fragen nicht beantwortet werden. Damals war das Pflichtbewusstsein gegenüber der res publica noch wesentlich stärker angelegt als es, speziell auch nach vier Jahrzehnten Hochkonjunktur, heute noch ist.

Anders stellt sich das Problem bezüglich der Einführung der Marktwirtschaft dar.

Der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft ist für längere Zeit mit erheblichen Nachteilen für das Volk belastet. Die Sicherheit der minimalen Versorgung mit Nahrungsmitteln, Wohnung und Fürsorgeleistungen ist angesichts der durch die Planwirtschaft verursachten Krise nicht mehr gegeben, derweil die Volksmehrheit sich unter den neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen so schlecht zurechtfindet wie ein Nichtschwimmer im Wasser.

Damit entsteht auf der wirtschaftlichen Reformebene – anders als auf der politischen – die Frage einer drakonischen Gesetzgebung, um das marktwirtschaftliche Normverhalten zu erzwingen. Dafür eine Illustration: Wenn die Bauern vom Angebot, Land für 50 Jahre pachten und das nach eigener Planung erzielte Produkt auf dem freien Markt verkaufen zu können, keinen Gebrauch machen, so kann man sämtliche Genossenschafts- und Staatsgüter aufheben und die Bauern zwingen, entweder selbständig oder als Angestellte eines Privatbetriebes zu arbeiten, wenn sie bei ihrem Beruf bleiben wollen.

Das ist die Lage der Sowjetunion. Michail Gorbatschow zögert, harte und umfassende wirtschaftliche Reformmassnahmen zu treffen mit der Folge, dass die Krise sich vertieft. Deshalb wird ihm Unentschlossenheit,

Ökonomisches Durchgreifen nützt nichts, wenn das Timing versagt: Man darf dem richtigen Zeitpunkt weder vorgreifen noch nachlaufen.

Unerfahrenheit, gar Unfähigkeit vorgeworfen; deshalb auch wird vielenorts – in der Sowjetunion selbst und in Westeuropa – der dortigen Reformbewegung eine schlechte Prognose gestellt.

Demgegenüber bin ich doch erheblich optimistischer. Den sowjetischen Kritikern halte ich vor, dass sie nur von den Möglichkeiten des bisherigen totalitären Systems ausgehen, den westlichen Kritikern aber, dass sie allein aus der Kenntnis der demokratischen Ord-

nung argumentieren. Beides führt, wie ich meine, zu problematischen Schlussfolgerungen. Wenn man nämlich davon ausgeht, dass die Reformträger in der Sowjetunion tatsächlich eine Wende anstreben, so müssen sowohl die Voraussetzungen der geschlossenen als auch die Bedingungen der offenen Gesellschaft bei der Beurteilung der Vorgänge berücksichtigt werden.

Erst aus dieser Sicht wird die ganz besondere und sehr heikle Stellung Gorbatschows verständlich. Er ist nämlich der erste Generalsekretär, der nicht mehr – und wahrscheinlich der erste Präsident, der noch nicht – diktieren kann. Wer auf dem historischen Hintergrund Russlands eine echte Demokratisierung einleitet, darf wirklich nicht mehr

Ein halber Erfolg ist dann gut, wenn er eine Etappe auf dem Weg zum ganzen Erfolg ist.

zum Diktat Zuflucht nehmen. Das übersehen vielleicht seine Kritiker in der Sowjetunion, weil sie bis heute gewohnt waren, dass der Generalsekretär diktierte. Ihnen scheint möglicherweise auch der jetzige Amtsinhaber um so mehr dazu berechtigt und verpflichtet, als er eben zur Demokratisierung überleiten will. Umgekehrt übersehen westliche Kritiker allzu leicht, dass die Aufhebung totalitärer Wirtschaftsstrukturen allein unbehelflich bleiben muss, weil dort das entsprechende Normverhalten fehlt und die angebotenen Möglichkeiten, anders als im Westen, keineswegs selbstverständlich genutzt werden.

Wenn wir auch noch die komplexen gesellschaftlichen Reaktionen einbeziehen würden, so könnte gezeigt werden, dass und wie sie sich in der Sowjetunion fortschritthemend auswirken. Der Übergang zur Marktwirtschaft bietet dynamischen und geistig flexiblen Menschen neue Verdienstmöglichkeiten. So droht das bisherige Gleichgewicht der Solidarität in der Not gestört zu werden. Neidreaktionen, die auf die Erhaltung des Gleichgewichtes gerichtet sind, können deshalb eine hohe Bremswirkung ausüben. Noch am 8. Oktober hat Präsident Gorbatschow die Bevölkerung der Sowjetunion aufgefordert, «ihre Ressentiments und Ängste vor der Marktwirtschaft abzustreifen».

In dieser Lage muss Gorbatschow das subjektive Diktat des Generalsekretärs durch das objektive Diktat der Umstände ersetzen. Mit andern Worten: Er muss zuwarten, bis die Wirtschaftskrise, das Chaos, solche Ausmasse annimmt, dass die Mehrheit des Volkes zur Einsicht gelangt: nicht nur harte Massnahmen von seiten der Führung sind unumgänglich, sondern das Volk selbst muss

Reformbewegung

Fortsetzung von Seite 15

jetzt Mitverantwortung übernehmen. Dann erst entspricht die Regierung demokratisch den Wünschen des Volkes, statt Lösungen dem Volk aufzuzwingen. So erkläre ich nicht nur die bis jetzt weitgehend ausgebliebenen wirtschaftlichen Reformmassnahmen, die einen verbindlichen Einfluss auf das Volk gehabt hätten. So erkläre ich auch den überaus demokratischen Vorgang der Meinungsbildung, den Gorbatschow eingeleitet hat und der eben in Russland und in den östlichen Teilen Europas mangels Traditionen besonders schwer in Gang zu bringen ist.

Dafür einige Indizien. Seit vier Jahren hat Gorbatschow immer wieder auf die Notwendigkeit der Perestrojka aufmerksam gemacht. Schon 1986 wurden legislatorische Arbeiten aufgenommen im Hinblick auf die Wählbarkeit von Fabrikdirektoren, auf die finanzielle Unabhängigkeit der Unternehmen, die selbständige Ausübung einer

Anzahl Berufe, die Zulassung echt genossenschaftlicher Kleinbetriebe, die Pacht landwirtschaftlichen Bodens und dergleichen mehr. Das sollte nicht nur die Diskussion anregen, sondern auch das marktwirtschaftliche Normverhalten wecken.

Gorbatschow hat von der Machtfülle des Generalsekretärs keinen Gebrauch gemacht, weil er die Trennung von Staat und Partei einleitet. Im Hinblick auf die voraussehbare Notwendigkeit, gelegentlich doch über Sondervollmachten verfügen zu müssen, hat er als Präsident kandidiert, wurde vom ersten verhältnismässig frei gewählten Parlament in dieses Amt gehoben und hat sich Mitte März 1990 vom Parlament auch die entsprechenden Sondervollmachten einräumen lassen. Mehr noch: Er hat die Einführung eines radikalen Reformprogramms von einem Referendum abhängig gemacht, bei dessen Ablehnung er seinen Rücktritt in Aussicht stellte.

Trotzdem wird das Reformprogramm immer noch in den zuständigen Gremien diskutiert. Das bedeutet offenbar, dass zu wenige Volksgruppen von dessen Notwendigkeit überzeugt sind, dass die Opposition noch zu stark ist – eine Opposition, die sich nicht nur aus den ewiggestrigen Ideologen zusammensetzt, sondern auch aus jenen, denen Gesetz und Ordnung unter der Diktatur lieber waren, als es die zeitweilige Unsicherheit im Übergang zu einem neuen System ist.

Tatsächlich befindet sich Michail Gorbatschow auf einer ausserordentlich schwierigen Gratwanderung, auf der jeder Fehltritt zum Absturz führen kann. Er muss das Chaos sich entwickeln lassen bis zu einem nicht wissenschaftlich, sondern nur intuitiv bestimmbareren Punkt der Reife. Wenn er zu früh mit tiefgreifenden Wirtschaftsreformen einsetzt, so wird ihm die zureichende Unterstützung durch das Volk vor allem in der Provinz fehlen. Wenn er den richtigen Zeitpunkt verpasst und das Chaos zu gross ist, so wird er einer Militärdiktatur Platz machen müssen. Damit ist auf die reale und potentielle Opposition bloss hingewiesen.

Bis jetzt deuten keine sicheren Anzeichen darauf hin, dass Gorbatschow die Gelegenheit zum Eingreifen verfehlt hätte. Deshalb erscheint mir seine Stellung durchaus nicht als geschwächt, wie das etliche westliche Medien behaupten. Vielmehr bin ich nach wie vor überzeugt, dass er zusammen mit einer Reihe von hervorragenden Mitarbeitern allein in der Lage ist, die gewaltige Herausforderung zu meistern. Nur sollte sich keiner erhoffen, dass der Prozess der Erneuerung in der Sowjetunion in etwa einer Generation abgeschlossen werden könne, wie das in Mittel- und Südosteuropa wahrscheinlich der Fall sein wird. In der Sowjetunion wird diese Entwicklung den Zeitraum von drei, vier Generationen benötigen. Dabei werden immer wieder Rückschläge zu überwinden sein. Doch die Demokratisierung hat eingesetzt.

Weil dieser Prozess so lange dauern wird, sei eine weitere Eigentümlichkeit erklärt, die bereits angetönt worden ist, nämlich dass Gorbatschow voraussichtlich auch der einzige Präsident ist, der nicht diktieren darf. Er darf das nicht, weil er als erster die Demokratisierung glaubwürdig anstrebt. Dazu benötigt er die freiwillige und nicht erzwungene Unterstützung des Volkes. Sollte er hierbei nur zu einem halben Erfolg gelangen, so wird ein Nachfolger, der das gleiche Ziel anstrebt, viel leichter entsprechende Verhaltensweisen von seiten des Volkes erzwingen können, als das Gorbatschow heute schon zu tun vermöchte. Denn zu einem späteren Zeitpunkt wird die Entwicklung bereits irreversibel und die ideologische Opposition überlebt sein. Dannzumal werden Zwangsmassnahmen, die heute als Verlängerung der Diktatur wirken müssten, nur noch als Beschleunigung der Demokratisierung verstanden werden.

Auch unter diesem Blickwinkel erscheint die von Gorbatschow bisher verfolgte Politik als erfolgreich und er selbst als eine der bedeutenden Gestalten des 20. Jahrhunderts. Daher ist dem zuzustimmen, was sowohl der tschechoslowakische als auch der ungarische Präsident gefordert haben: im Interesse der Freiheit den sowjetischen Präsidenten auf seiner schwierigen Gratwanderung zu unterstützen. ■



Karikatur des Amerikaners Jim Berry in «Krokodil», Moskau, Nr. 5/1989.



Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen
Redaktion – Administration –
Anzeigenverwaltung
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Telefon 031 43 12 12
Telefax 031 43 38 91
Postcheck Zeitbild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 1.534.002.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder, Trudy Gasser

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 57.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 34.–
Einzelnnummer Fr. 2.80

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerlande
Jahresabonnement sFr. 62.–/DM 73.–
Luftpost sFr. 67.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 39.–/DM 46.–
Einzelnnummer sFr. 3.10/DM 3.60

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 72.–